



**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS**  
*DER PARTEIVORSTAND*

SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

**WPS 470**  
**Bundesverband der Kultur- und Kreativwirtschaft**  
**Kreative Deutschland**

Berlin, 10 September 2017

**Frage 1:**

In den vergangenen Jahren wuchs insbesondere durch die Arbeit der Kultur- und Kreativwirtschaftsverbände in den Städten, Regionen und Ländern Deutschlands sowie durch die Mitglieder des Netzwerks öffentlicher Fördereinrichtungen für die Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland die volkswirtschaftliche und wirtschaftspolitische Anerkennung der aus vielen Kleinst- und Einzelunternehmen bestehenden Kreativökonomie. Welchen Stellenwert nimmt die Branche im Programm Ihrer Partei ein?

**Antwort:**

Für die SPD nimmt die Kultur- und Kreativwirtschaft einen hohen Stellenwert ein. Als Erfolgsmotor des Strukturwandels, der von der Wirtschaftsleistung her mit großen Industriebranchen vergleichbar ist, wollen wir ihn stärken und umfassend fördern. Dazu gehören sowohl die selbständigen Kreativen, die oftmals als Solo-Selbständige tätig sind, als auch die Unternehmen, die Mitarbeiter\*innen beschäftigen. Am Beginn der Wertschöpfungskette stehen die Menschen, die die kreativen Inhalte schaffen. Wir wollen sie sozial besser absichern und ihre Rechte schützen.

**Frage 2:**

Die Initiative Kultur und Kreativwirtschaft der Bundesregierung hat zum Ziel, „die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu stärken und die Erwerbschancen innovativer kleiner Kulturbetriebe sowie freischaffender Künstlerinnen und Künstler zu verbessern“ ([www.kulturkreativwirtschaft.de](http://www.kulturkreativwirtschaft.de)). Seit Abschluss der Regionalberatungen 2014 findet jedoch keine direkte Förderung der Akteure im Rahmen des Programms mehr statt. Wie beabsichtigt Ihre Partei die vorhandenen Bundesmittel zukünftig einzusetzen, um insbesondere die Akteure vor Ort zu unterstützen?

**Antwort:**

Das Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes sollte die Chance haben, sich in seiner 2016 erfolgten stärkeren inhaltlichen Neuausrichtung zu bewähren. Wir wollen insgesamt durch eine bessere Förderung, aber auch die Öffnung bereits bestehender Förderprogramme für die Kultur- und Kreativwirtschaft, Unternehmensgründungen möglich machen und Gründer\*innen auch über die unmittelbare Gründungsphase hinaus begleiten. Mit speziellen Programmen wollen wir gerade im digitalen Sektor Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft bei Investitionen in Digitalisierung und in Innovationen unterstützen.

**Frage 3:**

Zahlreiche Studien zur Branche kommen zu dem Ergebnis, dass die Zusammenarbeit in Netzwerken für die kleinteilige Branche der Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg der Akteure ist. Dennoch erhalten die meisten Netzwerke keine institutionelle Förderung. Welche Position vertritt Ihre Partei beim Thema Netzwerkförderung?

**Antwort:**

Wir haben bereits in der letzten Legislaturperiode ein umfassendes Konzept für einen Pakt mit der Kreativwirtschaft vorgelegt (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/123/1712382.pdf>). Dieses wollen wir weiter umsetzen.

Die SPD tritt für ein Gesamtkonzept zur ressortübergreifenden Förderung der Kreativwirtschaft ein. Wir unterstützen beispielsweise, dass Standorte der Kreativwirtschaft sich an ihren jeweiligen Stärken orientieren und Kooperationsnetzwerke und Verbünde eingehen. Förderprogramme müssen die Gründungs-, und die Wachstumsphasen junger Unternehmen berücksichtigen. So wie sich die Kreativwirtschaft im ständigen Wandel befindet, müssen sich auch die Förderstrukturen und -kriterien ständig neu ausrichten.

**Frage 4:**

Innovationsförderung bezog sich in Deutschland bislang vor allem auf Investitionsförderung bei technischen Innovationen. In der aktuellen Studie über „Ökonomische und verwaltungstechnische Grundlagen einer möglichen öffentlichen Förderung von nichttechnischen Innovationen“ im Auftrag des BMWi liegen „Schwerpunkte der Untersuchung auf der Kreativwirtschaft (z.B. Gamesbranche), der Energiewirtschaft, der digitalen Gesundheitswirtschaft sowie auf weiteren digital industries“ (S.4). Damit wird breiten nichttechnischen und sozialen Innovationen der Kultur- und Kreativwirtschaft eine geringere Priorität eingeräumt. Welchen Fokus legt Ihre Partei bei der zukünftigen Förderung von nichttechnischen Innovationen?

**Antwort:**

Es gibt keine etablierte Definition von „nichttechnischer“ Innovation. Folgt man der Studie, so sind sie (verkürzt) neuartige Produkt-, Dienstleistungs-, Prozess-, Organisations- und Marketingkonzepte wie auch Geschäftsmodelle. Wir wollen mit diesem Verständnis die Programme der Wirtschafts- und Infrastrukturförderung des Bundes für die Kreativwirtschaft anpassen und sie damit öffnen. Die Studie verdeutlicht auch, dass das in technischen Kontexten physisch genutzte Labor im Bereich nichttechnischer Innovationen häufig durch Netzwerke und entsprechende Formate quasi substituiert wird. Eine erste Folge der Studie ist, dass wir erreichen konnten, dass das Kompetenzzentrum im Jahr 2017 um die Zusatzmodule so genannter „Creative Camps“ und „Creative Trophy“ ergänzt wurde. Diese Öffnung will die SPD weiter vorantreiben.

**Frage 5:**

In den vergangenen Jahren fand in Deutschland und Europa eine intensive Auseinandersetzung über den Schutz von Urheberrechten im digitalen Zeitalter statt. Diese Diskussion ist für die Kreativökonomie, zu der sowohl Urhebende (bspw. JournalistInnen, KomponistInnen, TexterInnen) als auch Verwertende (bspw. Blogger, DJs) gehören, von hoher Bedeutung. Welche Standpunkte vertritt Ihre Partei in Bezug auf den Urheber und Leistungsschutz?

**Antwort:**

Das geistige Eigentum ist der Rohstoff der Kultur- und Kreativwirtschaft. Wir wollen die Situation der Urheber\*innen weiter verbessern und einen gerechten Interessenausgleich mit den Verwertern suchen. Die SPD will Vergütung, keine Verbote. Dazu soll auch das Prinzip der pauschalen Vergütung auf diejenigen ausgeweitet werden, die mit der Vermarktung von kreativen Leistungen im Internet Geld verdienen – beispielsweise Online-Plattformen. Viele Nutzer\*innen produzieren selbst Inhalte und werden damit zu Urheber\*innen. Daher müssen die berechtigten Interessen der Nutzer\*innen verstärkt berücksichtigt werden.

**Frage 6:**

Anders als für abhängig Beschäftigte gibt es für junge Selbständige und UnternehmerInnen keine attraktiven Angebote zum Aufbau einer Altersvorsorge (die so genannte „Rürup-Rente“ ist gerade für junge Menschen im Gegensatz zur „Riester-Rente“ finanziell unattraktiv). Wie möchte Ihre Partei diese Situation ändern?

**Antwort:**

In unserer Arbeitswelt vollzieht sich ein grundlegender Wandel, der viel mit der Digitalisierung zu tun hat. Wir wollen künftig die Selbständigen in die verschiedenen Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung einbinden. Im Bereich der Altersvorsorge treten wir für eine verpflichtende Mitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung ein (bei großzügigen Übergangsfristen). Den Zugang wollen wir dabei möglichst erschwinglich und einfach gestalten. Spezifische Versorgungssysteme, die einen der gesetzlichen Rentenversicherung vergleichbaren Leistungsumfang bieten (z.B. KSK, berufsständische Versorgungswerke), sollen zudem davon ausgenommen werden.

**Frage 7:**

Viele schöpferisch tätige KreativunternehmerInnen sind in der Künstlersozialkasse (KSK) abgesichert. Wie möchte Ihre Partei das System der Sozialversicherung für diesen Personenkreis künftig gestalten?

**Antwort:**

Die soziale Sicherung von Künstlern und Kreativen ist ein zentraler Bestandteil sozialdemokratischer Kulturpolitik. Mit der Künstlersozialversicherung hat die SPD vor 35 Jahren eine tragfähige, spezifische Sozialversicherung geschaffen, die der besonderen Schutzbedürftigkeit von Kreativen Rechnung trägt. Ein wichtiger Schritt war die Reform der Künstlersozialkasse, durch die die Einnahmen gesteigert und der Abgabesatz für die Verwerter gesenkt werden konnte. Das bedeutet eine Stabilisierung der Versicherung und eine breite Akzeptanz der Abgabe. Die Künstlersozialversicherung mit ihrer solidarischen Finanzierung ist für uns nicht verhandelbar. Wir wollen, dass alle Kreativen in der KSK bzw. in den gesetzlichen Sozialversicherungssystemen aufgenommen und umfassend geschützt sind (vgl. Frage 6).